

Antonia
Grunenberg

DEMO
KRATIE
ALS
VERSPRECHEN

Warum es sich lohnt,
für die Freiheit zu kämpfen

EUROPAVERLAG

EUROPAVERLAG

Antonia
Grunenberg

DEMO KRATIE

ALS

VERSPRECHEN

Warum es sich lohnt,
für die Freiheit zu kämpfen

EUROPAVERLAG

INHALT

Einleitung	9
Kapitel 1 Paradoxien der Freiheit: von Ost nach West	21
Kapitel 2 Ein Erbe ohne Testament	41
Kapitel 3 Das eiserne Band der antifaschistischen Logik ...	59
Kapitel 4 Paradoxien der Freiheit: DDR	75
Kapitel 5 Paradoxien der Freiheit: die amerikanische Erfahrung	101
Kapitel 6 Exkurs: Die technologische Entmündigung der Bürger ...	131
Kapitel 7 Demokratie gefährdet sich selbst – und hat die Fähigkeit zur Regeneration: Fünf Thesen	153
Epilog	197
Literatur	201
Danksagung	204
Die Autorin	205
Anmerkungen	206



© 2022 Europa Verlag in der Europa Verlage GmbH München
Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich
Redaktion: Franz Leipold
Layout & Satz: Robert Gigler, München
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
ISBN 978-3-95890-495-8

Alle Rechte vorbehalten.
www.europa-verlag.com

Dieser Essay ist der ukrainischen Zivilgesellschaft
und ihren mutigen Schriftstellerinnen und Schriftstellern
gewidmet.

EINLEITUNG

»Wach auf mein Herz und denke.«

Andreas Gryphius

Einen Essay über Demokratie zu verfassen in einer Zeit, in der die Demokratie aus verschiedenen Gründen in vielen Ländern bedroht oder manipuliert wird, bedeutet, dass man diese Ereignisse und Erfahrungen beim Schreiben mitnimmt, so auch die täglichen Nachrichten, Gespräche, Kurztex te in elektronischen Medien.

Drei Kontexte haben mich beim Schreiben dieses Essays begleitet:

- Die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Freiheit;
- der russische Krieg gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die europäischen Demokratien;
- die Entmündigung der Bürger angesichts ihrer technologischen Ermächtigung.

Als die Infektionszahlen stiegen und die herzerreißenden Fotos der in Plastiksäcken aufgestapelten Corona-Toten im Hinterhof eines Krankenhauses in Bergamo weltweit in den Abendnachrichten erschienen, als die hektischen Debatten über die Beschränkung der Freiheitsrechte und über die Notstandsrechte des Staates begannen, als es schien, das nackte Überleben hätte über die Freiheit gesiegt, da hatte ich Angst um die Demokratie in Deutschland, in Europa. Ich befürchtete, dass allzu viele das kostbare Gut der Freiheit dem biologischen Überleben opfern würden. Ich ärgerte mich über den vorseilenden Gehorsam derjenigen, die verkündeten: Jetzt muss die Demokratie zurückstehen; die Erhaltung des Lebens steht über der Freiheit – und nicht neben ihr.

Es ist alles nicht so schlimm gekommen; auch in den bedrückendsten Zeiten gab es genügend Zank und Streit im Parlament, zwischen Bundesregierung und Landesregierungen, in den Medien, die bewiesen, dass eben nicht *durchregiert* wurde: Die Demokratie funktionierte, Argumente wurden ausgetauscht; immer neu wurde darüber gestritten, welche Maßnahmen angemessen seien – und welche anderen zu unzumutbaren Freiheitsbeschränkungen führen würden.

Als das Damoklesschwert der verpflichtenden Impfung über allen schwebte und man sich um die Freiheitsrechte der Impfgegner und um die Rechtsgleichheit in der Republik Sorgen machen musste, entbrannte neuer Streit im Parlament, in den Ländern und in den Medien. Ich habe mich darüber ebenso gefreut wie über das Ergebnis, keine allgemeine Impfpflicht einzuführen.

Streit und Zank sind in einer Demokratie nicht nur zu ertragen, sie bereichern den Meinungsbildungsprozess, wie Wasser das Wachstum der Pflanzen ermöglicht. Nur im Dissens

können die verschiedenen Positionen und Perspektiven zum Ausdruck kommen, die es braucht, um politische Entscheidungen zu treffen, das heißt politisch zu gestalten. Streit und Zank sind weder schön noch harmonisch; sie säen Unruhe, aber sie führen – im besten Fall – zu abgewogenen Entscheidungen.

Doch selbst wer die Freiheit beschränkt oder gar vernichten will, gestaltet, wenngleich in negativer Weise.

Ich habe diesen Essay auch unter dem Eindruck des Krieges verfasst, den Russland gegen die Ukraine führt. Der Krieg hat mich, obwohl ich nicht direkt darunter leide, wochenlang so gelähmt, dass ich mich nicht konzentrieren konnte. Ständig stolcherte ich im WWW herum, nach neuen Nachrichten suchend; ich ging auf Protestversammlungen und Demonstrationen. Doch ich fand nicht, was ich suchte: eine ebenso einleuchtende wie endgültige Erklärung dafür, warum Russland die seinerzeit mit der Zustimmung der sowjetisch/russischen Regierungszentrale unabhängig gewordene Ukraine vernichten will.

Der anfängliche Verlauf des russischen Angriffskrieges lehrte, dass es leicht ist, eine Demokratie und ihre Zivilgesellschaft physisch zu schlagen, Millionen Einwohner eines Landes zu vertreiben. Doch wie schwer ist es andererseits, den freiheitlichen Impuls nach Bildung einer Zivilgesellschaft zu vernichten.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat vor Augen geführt, dass eine Gesellschaft, die unter die Ratio gezwungen werden soll, dass ein Teil des Landes rein russisch sei und demnach nicht zum Staatsgebiet gehöre, unter dem Druck des Krieges zu sich selbst findet. Und zwar deshalb, weil ihre Träger einer Maxime folgten, mit der sich die Völker Westeuropas schwerten: Die Verteidigung der Freiheit ist genauso wichtig

wie das physische Überleben. In diesen Notzeiten fand eine Art zweiter Geburt der ukrainischen Nation (und ihrer verschiedenen Minoritäten) aus der Verteidigung gegen das imperiale Russland statt. Ein neuer Typus von Nation wurde sichtbar, der sich auf das bürgerschaftlich Gemeinsame und nicht auf die ethnische Zugehörigkeit stützte. Eine multiethnische Demokratie behauptete sich als Nation.

Die ukrainische Zivilgesellschaft hat spätestens seit dem Beginn der *Orangenen Revolution* 2004 gezeigt, was es heißt, eine Demokratie zu erkämpfen, und zwar nicht nur mit Worten, sondern mit körperlicher Präsenz gegen ein mächtiges Netzwerk kleptokratischer Oligarchen. Früher als die (west)deutsche Jugend nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die junge Generation in der Ukraine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Demokratie entdeckt. Und sie war sich bewusst geworden, dass eine Demokratie nur so stark ist wie die Zivilgesellschaft, die sie stützt.

Zehn Jahre später war das Land mit einem russischen Angriffskrieg im Osten und im Süden konfrontiert. 18 Jahre später erfolgte ein weiterer russischer Angriff, diesmal an allen Fronten.

Manchen dämmert es hierzulande inzwischen, dass in der Ukraine um die Zukunft der europäischen Demokratien, das heißt auch der deutschen, gekämpft wird. Nur wer die Ukraine nicht zu dem *wahren* Europa zählt, sondern zu den *anderen* Staaten, die, von außen kommend, erst noch Europa werden wollen, kann darüber hinwegsehen. Gewiss, die Berichte über die Ukraine stiften seit Jahren Verwirrung, weil nicht klar ist, welches Gebiet sich eigentlich Ukraine nennen darf, wenn russische Armeen im Abstand von wenigen Jahren zweimal in das Territorium der Ukraine einfallen und Gebiete im Osten und im

Süden gewaltsam als russisch deklarieren, hörige Regimes einrichten und sich dann anschicken, weitere Gebiete zu besetzen.

Doch werden auch Reminiszenzen an eine lange zurückliegende Vergangenheit wach. Haben nicht die aufständischen Ungarn 1956 den Westen über den Äther angefleht, ihnen zu Hilfe zu kommen? Haben nicht die streikenden Arbeiter in der DDR 1953 gehofft, dass der Westen der Sowjetunion Einhalt gebiete? Haben sich nicht die Bürgerinnen und Bürger Westberlins 1961 darauf verlassen, dass *der Westen* und die westdeutsche Regierung etwas gegen die Einmauerung einer ganzen Gesellschaft im Osten unternähmen?

In Zeiten des Kalten Krieges war die Antwort klarer oder scheinbar eindeutiger als heute. Der Nachkriegsfrieden wurde erkaufte mit der Duldung einer Pufferzone, die zur *sowjetischen Einflusssphäre* undefiniert worden war. Mit dieser diplomatischen Architektur sollte ein weiterer Krieg vermieden werden. Nun liegt diese Friedensarchitektur in Trümmern. Schuldzuweisungen suggerieren, dass *der Westen*, allen voran die deutsche Regierung, schon vor Jahren hätte wissen können, dass die russische Regierung das umsetzen will, was sie schon seit der Oktoberrevolution zu sein behauptet: ein Imperium.

Was hat dieser Krieg in der Ukraine bewirkt? Er hat eine Spur der Zerstörung gelegt, er hat die ukrainische Zivilgesellschaft dezimiert und ihre Bürgerinnen und Bürger zumindest zeitweise vertrieben. Übrig blieben eine tapfere Regierung, die den Widerstand vorlebte und die dennoch ihre Gesellschaft nicht beschützen konnte – und die Bürgerinnen und Bürger, die unter Einsatz ihres Lebens ausharren, gegenseitige Hilfe leisten und um das Überleben kämpfen.

Dieser Krieg hat die Demokratie dreifach getroffen, indem er die hart erkämpfte ukrainische Zivilgesellschaft vertrieb, indem

er die demokratische Staatengemeinschaft in Westeuropa bedroht – und eine demokratische Zukunftsperspektive in Russland auf absehbare Dauer vernichtet hat.

Schon vor Beginn der Pandemie und dem russischen Krieg kam mir immer wieder der Gedanke, wie fragil Demokratien sind. Nach dem Freiheitsfest der deutschen Vereinigung habe ich in dem brennenden Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen die andere Seite der Demokratie gesehen. Direkt eben der Befreiung steht der Angriff auf die Freiheit.

Ich begriff, dass die deutsche Gesellschaft in der Realität angekommen war. Demokratie ist nicht nur schön, sie kann auch hässlich sein; vor allem ist sie anstrengend. Nach der Vereinigung musste sie in einem Teil Deutschlands neu erfunden werden.

Hatten bis dahin die christlichen Parteien, insbesondere die bayerische CSU, als höchster Auswuchs des deutschen Konservatismus gegolten, so wurde nun mit dem Aufkommen von PEGIDA und der Partei *Alternative für Deutschland* deutlich, dass in einigen Kreisen der Bevölkerung das nationale Selbstverständnis der Republik vermisst wurde. Ja, manche sahen und sehen die Nation bedroht. Die Vereinigung hatte offenbar nicht nur eine Nation zusammengefügt, sie hinterließ auch eine Leerstelle mit der Frage: Wo ist das Nationale in der Nation? Und in der Folge begannen die nationalen Gefühle immer dann hochzukochen, wenn das Fremde, das Außen, die EU zum Beispiel oder die vielen Geflohenen als zu stark empfunden wurden.

Über 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung sind die Feinde der Demokratie inzwischen zahlreicher und lauter geworden: Beleidigte Nationalisten, Identitäre und Verschwörungstheoretiker, Neonazis, rechtsextreme Parteien, gewaltfreudige

linksradikale Gruppen, ausländische bzw. inländische Terrorkommandos und hasserfüllte Einzeltäter, um nur einige zu nennen. Sie alle wollen *das System* entweder zerstören oder nach autoritären Maßgaben radikal umgestalten.

Hilft dagegen der moralische Bann gegen rechts? Hilft die Gängelung der Sprache, das *betreute Sprechen* (Joachim Gauck), das heißt das Sprechen und Denken unter Gebots- und Verbotsregeln? Ich bezweifle es.

Und was ist mit den Alarmschreien der Klimafundamentalisten, die nach dem Motto agieren, wir leben in der Apokalypse und der menschengemachte Umweltschaden muss *jetzt* beseitigt werden?

Über die letzten Jahrhunderte hat sich immer wieder herausgestellt, dass Demokratie die einzige politische Ordnung ist, in der Menschen freiheitlich leben und den Raum der Freiheit gestalten können. Gleichzeitig bringen Demokratien immer wieder selbstzerstörerische Strömungen hervor. Der französische Historiker François Furet schrieb in den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts über den Hass der Bürger auf die Demokratie, der sich im »Selbsthass der bürgerlichen Intelligenz« spiegle.¹ Seiner Sicht nach hätten die bürgerliche Eliten seit der Französischen Revolution das Volk immer wieder gegen die Demokratie aufgehetzt, deren Abkömmlinge und Nutznießer sie, die Intellektuellen, doch waren: in Frankreich, in Russland, in Deutschland, in Italien, in Spanien ...

Auch Hannah Arendt, die aus Deutschland vertriebene politische Denkerin, wies auf selbstzerstörerische Elemente in den westlichen Demokratien hin und kritisierte den Machtopportunismus der Eliten im 20. Jahrhundert.

Doch das Dilemma ist noch älter: Seit der Antike ist die Ge-

schichte der westlichen Demokratien durchzogen von Selbstzweifeln und Streit, angefangen von Aristoteles über die Gründer der Amerikanischen Republik bis hin zu den westlichen Intellektuellen der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Für ihre Gegner war Demokratie gleichbedeutend mit einer Diktatur der Mehrheit, mit der Herrschaft des Pöbels (oder einer politischen Clique), mit Chaos und Manipulation. Aristoteles empfahl gegenüber dem Schreckbild einer Diktatur der Massen eine Mischung aus demokratischen, republikanischen und aristokratischen Elementen. Die Amerikaner begründeten Ende des 18. Jahrhunderts eine politische Ordnung, die auf dem Prinzip der politischen Gleichheit beruhen sollte. Doch auch 150 Jahre nach ihrem blutigen Bürgerkrieg ist dieses Ziel nicht erreicht.

Die meisten der heute funktionierenden westlichen Demokratien sind Mischformen, die demokratische und republikanische Elemente verbinden, die des Volkes Stimme durch die Gewaltenteilung und das Repräsentationsprinzip filtern und verändern.

In Deutschland gelang es erst nach zwei gescheiterten Revolutionen (1848 und 1918), zwei Weltkriegen und der deutschen Teilung, im westlichen Teil eine stabile Demokratie zu gründen. Seit dem 19. Jahrhundert gab es immer wieder demokratische und republikanischen Bestrebungen und Bewegungen. Jedoch wurden erst nach zwei Weltkriegen genügend republikanische Elemente in die Verfassung eingefügt, um eine Diktatur der Mehrheit verhindern zu können: das Mehr-Parteien-Prinzip, Wahlen, das repräsentative Prinzip, Minderheitenschutz, die Verschränkung der drei Gewalten, das Verfassungsgericht, eine kritische vierte Gewalt, die Medien, bereichert um das World Wide Web.

Und dennoch bringen scheinbar stabile Demokratien immer wieder das Potenzial zur Selbstzerstörung hervor. Die technologische Revolution der letzten 20 Jahre hat wieder einmal deutlich gemacht, wie fragil Demokratien sind, wie anfällig für Zerstörung von innen. Möglichkeiten der Erweiterung und der Zerstörung von Demokratien ungeahnten Ausmaßes stehen zur Verfügung. Das WWW macht in geradezu idealtypischer Weise die Janusgesichtigkeit der Demokratie sichtbar. Mithilfe von Netzaktivitäten ist es heute möglich, eine Demokratie an den Rand der Selbstaufgabe zu treiben. Es reicht aus, wenn sich kriminelle Netzwerke in der Wirtschaft zusammentun, unterstützt von populistischen Massenbewegungen, die in rasender Wut gegen soziale Ungerechtigkeiten die politische Ordnung zertrümmern wollen.

In verschiedenen europäischen Staaten sind in den letzten beiden Jahrzehnten Hybrid-Formen entstanden, die sogenannten *illiberalen Demokratien*, in denen demokratische Regelwerke und Institutionen aus völkischem, nationalistischem Grund oder/und schlicht aus Profitgier manipuliert werden (Ungarn, Russland, Türkei). Sie alle sind auf dem höchsten technologischen Stand; aber auch in älteren und vermeintlich stabileren Demokratien wie Italien (unter Silvio Berlusconi) sind die demokratischen Institutionen von innen her angegriffen worden (Beispiel: die Funktionalisierung der Gewaltenteilung im Interesse der Exekutive).

Die Bilder, die Gegner (weg mit dem *System*) und Verteidiger (die beste aller Ordnungen) über die Demokratie verbreiten, könnten gegensätzlicher nicht sein. Doch diese Labels gehen auf reale Eigenarten der Demokratie zurück. Demokratie ist seit ihrer Gründung fragil und daher scheinbar schwach, weil sie auf Freiheit und Vertrauen beruht. Ihre Gegner versuchen, ge-

nau dieses Fundament unter ihre Kontrolle zu bringen. Und die Demokratie ist so robust und erneuerungsfähig wie die Institutionen, die die Freiheit schützen, und die Zivilgesellschaften, die sie mit Leben erfüllen. Sie ist diejenige politische Form, in der Reformen, Korrekturen und Regeneration möglich sind. Das unterscheidet sie von anderen politischen Ordnungen.

In diesem Essay lerne ich die wechselvolle Geschichte der deutschen Nachkriegsdemokratie vor dem Hintergrund jahrzehntelanger eigener politischer Erfahrungen aus. Und die macht man laufend, auch als Bürgerin ohne Amt.

Wer verstehen will, was Demokratie heute ist, kann sich nicht nur auf Umfragen, Statistiken, Modelle und Theorien berufen. Ohne vielfältige und sich widersprechende Erfahrungen einzubeziehen, ohne andere westliche Demokratien in den Blick zu nehmen, verbleibt die Sichtweise in der nationalen Vogelperspektive.

Demgegenüber werde ich an markanten Schnittstellen der deutschen Geschichte (Auswirkungen der deutschen Teilung in den 1950er-Jahren, Studentenbewegung und APO, das Aufkommen des politischen Terrorismus, die Revolution von 1989/90, die Vereinigten Staaten, der neue Nationalkonservatismus, Populismus und extreme Rechte) Ereignisse, Bewegungen und Konflikte rekapitulieren, deren Zeugin ich war und an denen sichtbar wird, wie die deutsche Demokratie an großen Konflikten, an eigenen und fremden Fehlern gewachsen ist. Doch die Möglichkeit der Selbstzerstörung war und ist immer präsent.

* * *

Ich werde im Folgenden das männliche Genus als Allgemeinbegriff verwenden, mit dem sowohl Männer und Frauen gemeint sind, als auch alle besonderen biologischen Profile und gesellschaftlichen Identitätskonstrukte.

Kapitel 1

PARADOXIEN DER FREIHEIT: VON OST NACH WEST

Hineingeboren in eine Familie im Osten Deutschlands, die den Horror der Bombennächte und der Evakuierung überlebt hatte, ist die Erinnerung an die frühe Kindheit in der Nachkriegszeit von Aufbruch und Zuversicht, aber auch von Hungerbildern geprägt. Jahrzehnte später fand ich im Nachlass meiner Mutter einen Text mit dem Titel »Hunger«. Er handelte von halb erfrorenen Händen, die vereiste Kartoffeln rieben, und von gekochten Kartoffelschalen, die ich gierig verschlang.

Die Mutter hatte ihre Kinder aus dem zerstörten Haus in der brennenden Altstadt Dresdens in ein erzgebirgisches Dorf hinübergerettet. Ein Zuhause gab es nicht mehr, wir waren ausgebombt.

Der Vater hatte sich nach der Kapitulation der deutschen Armeen der Gefangennahme durch die sowjetische Besatzungsmacht entzogen und war geflohen, hatte sich wochenlang in der Nähe unseres Evakuierungsortes im Wald versteckt und wurde dort von Einheimischen versorgt.

Der Krieg war zu Ende, und irgendwann bekam die Familie mit sechs Kindern ein Haus in Dresden zugewiesen. Die sowjetische Militäradministration und die Sozialistische Einheits-

partei Deutschlands (SED) teilten damals die Bevölkerung in den ihr wohlgesinnten und den feindlichen Teil ein. Die ihr wohlgesinnten Gruppen wurden im Parteijargon *Arbeiter der Faust* und *Arbeiter der Stirn* genannt. *Arbeiter der Stirn*, dazu gehörten meine Mutter und ihr Freundeskreis. Leuten wie diesen gab die Partei Wohnungen, Häuser, zusätzliche Lebensmittelmarken und Erholungsurlaube. Im Gegenzug erwartete sie Loyalität.

Würde man die Stimmung in der Stadt beschreiben wollen, so müsste man sie als Erwartungshaltung beschreiben, gepaart mit dem Willen zum Aufbruch. Nach dem Terrorregime der Nationalsozialisten und der grauenvollen letzten Kriegsphase begann nun etwas Neues. Jeder und jede sollte nach dem Ende der großen Zerstörung am Aufbau einer antifaschistischen Gesellschaft mitwirken. Viel war die Rede von der antifaschistischen Demokratie – und die wollten fast alle. Die Vertreter der sowjetischen Militäradministration und die unter ihrem Kommando stehenden kommunistischen Parteiführer, aus dem sowjetischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt, verkündeten, dass nun eine *demokratische Republik* auf der Basis einer antifaschistischen Gesellschaft aufgebaut werde.

Von Demokratie in der Nachkriegszeit in Deutschland zu sprechen – ganz gleich, ob in Ost oder West – erscheint dennoch irgendwie bizarr. Wie sollten denn, nach einem jahrzehntelangen Autoritarismus im Kaiserreich, einer nur von einer Minderheit unterstützten schwächlichen Demokratie in der Weimarer Republik, dem duldend hingenommenen Terrorregime der Nationalsozialisten, der fast animalischen Existenz in den letzten beiden Kriegsjahren – von den Millionen Soldaten und ihrer täglichen Begegnung mit dem Tod ganz zu schweigen – nun unter dem Regime der Besatzungsmächte demokratische

Traditionen wiederauferstehen? Und doch, was sich da an einigen Orten, in einigen Städten und Milieus nach dem Ende des Krieges im Mai 1945 ereignete, das war ein zartes Pflänzchen Zivilgesellschaft, die Grundlage aller Demokratie.

* * *

Die Mutter war in der Nazizeit zur Antifaschistin geworden; stolz erzählte sie, dass sie nicht im *Bund Deutscher Mädel* gewesen sei und – als fünffache Mutter – das Mutterkreuz der Nazis, das ihr im Rahmen einer feierlichen Zeremonie überreicht werden sollte, nur widerwillig irgendwann auf der Amtsstelle abgeholt habe. Für sie begann nun ein neues Leben jenseits der Mutterschaft.

In der zerbombten und zertrümmerten Stadt wuchsen Diskussionszirkel und politische Salons wie zarte Pflänzchen aus dem Boden. Hauskonzerte wurden wieder veranstaltet. Es kamen traumatisierte und invalide Rückkehrer, Idealisten, Verbitterte, Ahnungslose – junge Männer und junge Frauen – zusammen; sie alle wollten das Neue mit aufbauen.

Nächtelang stritten sie darüber, so erzählte es die Mutter später, wie gekommen war, was gekommen war, wer die Verantwortung (viele sagten *Schuld*) übernehmen sollte. Und wie es nun weitergehen sollte, in welcher Ordnung sie weiterleben wollten, worin Freiheit bestand, an was man noch glauben könne ...

Noch wusste niemand Genaueres über das Ausmaß des Genozids, den deutsche Mordtruppen im Auftrag von Partei, Regierung und Armeeführung an den europäischen Juden und anderen Völkern im Osten Europas begangen hatten. Die Erfahrungen, die alle – jeder auf seine Weise –, erlebt hatten, reichten aus, um den Neuanfang zu wollen.

Als demokratische Parteien gegründet werden konnten, als Zeitungen wieder erscheinen durften, versammelten sich in deren Redaktionen alle, die nicht dem Naziregime hinterhertrauerten und einen Neuanfang herbeigesehnt hatten. So auch meine Mutter; sie wurde Theaterkritikerin im Feuilleton der *UNION*, dem Organ der Ost-CDU.

In meinen frühen Jahren wuchs ich inmitten eines regen Netzwerks von Freunden und Bekannten der Eltern auf. Aus den Westsektoren Berlins kamen regelmäßig Besucher, brachten Zeitschriften, Bücher und Nachrichten mit, erzählten von Theaterpremierer und Neuerscheinungen. Es kamen Journalisten, Dichter und Schriftsteller, Maler und Bildhauer, Komponisten ... Trotz der allgemeinen Not war die Atmosphäre gastlich; irgendetwas gab es immer zu essen oder zu trinken. Einmal durfte die Mutter sogar mit Erlaubnis der sowjetischen Behörden zu einem Kongress in den Westen fahren.

Die Weltliteratur kehrte zurück; in den Theatern der Stadt wurde wieder gespielt. Das Lebensgefühl wuchs. Dazwischen unbeschwerte Kindheit auf lieblichen Elbhöhen über der zerstörten Altstadt. Kinderspiele auf der Straße und in den Gärten der Freundinnen. Sommergerüche: die Kiefern der Dresdner Heide, der dampfende Straßenteer in der Sommerhitze, der Gestank der mit Holzgas angetriebenen Lastwagen, der Trümmer- und Straßenstaub. Der größte Spielplatz, die Dresdner Heide, lag vor der Tür. Ganze Sommer verbrachten die Kinder und ihre Freundinnen im Schwimmbad, ausgestattet für den Tag mit trockenem Brot, Salz und Tomaten aus dem Garten.

Die Politik der SED spielte zu Hause eine geringe Rolle. Das Dresdner Bildungsbürgertum war und ist selbstbewusst. Die allgegenwärtige Präsenz der sowjetischen Besatzungsmacht aber

bekamen sogar wir Kinder mit. Das waren für uns die Fremden; sie hatten zwar die Macht und besetzten die schönsten Villen und Schlösschen auf den Elbhöhen. Aber wir wollten mit denen ebenso wenig zu tun haben wie sie mit uns. Wir sahen die Militärfahrzeuge und die Offiziere in Uniform. Wir waren das untergebene Volk, hatten die Kinder unter sich ausgemacht, weil die Erwachsenen so etwas Ähnliches gesagt hatten. Am meisten aber staunten die Kinder über die wohlbeleibten, um nicht zu sagen fetten Ehefrauen der Offiziere. Die badeten kreischend in der Elbe. Es schien, als sei der Fluss nur für sie da. Das war für die Kinder ein außergewöhnliches Augenfest, das wir einerseits genossen, das uns andererseits aber auch unheimlich war.

Als ich eingeschult wurde und zu Hause begeistert vom Fahnenappell auf dem Schulhof erzählte, bekam ich zu hören: Von Fahnenappellen haben wir genug! Ich durfte nicht wie meine Freundinnen die Uniform der *Jungen Pioniere* tragen, nicht den Eid schwören und nicht an den Gruppentreffen teilnehmen. Das Einzige, was noch blieb, war der Fahnenappell. Ausgeschlossen auf Befehl der Eltern also. Das verstand ich nicht. Was ich aber verstand, war, dass irgendwann nichts mehr stimmte. Zu Hause wurden die Kinder immer häufiger aus dem Zimmer geschickt, die Erwachsenen tuschelten dann hinter verschlossenen Türen. Und doch bekam das Kind mit, dass der Parteisekretär der SED an der Zeitung eine üble Gestalt war, die nicht nur die Meinungsfreiheit in der Redaktion, sondern auch die persönliche Freiheit der Journalisten bedrohte. Eines Tages hinter der Tür lauschend, hörte ich, wie die Erwachsenen darüber sprachen, den Mann durch einen inszenierten Treppensturz aus dem Verkehr zu ziehen. Ein Draht sollte über die Treppe in der Redaktion gespannt werden, über den er stolpern sollte – was dann nicht geschah. Später erzählte die Mutter, dass dieser Par-

teigenosse auf Redaktionssitzungen mit seiner Pistole herumgefuchelt und die Redakteure in Angst und Schrecken versetzt habe.

Ein andermal hörten die Kinder den Vater mahnen, die Hintertür des Hauses solle immer unverschlossen bleiben, damit man unbemerkt hinausschlüpfen könnte, wenn vorne die Russen, die Polizei oder die Staatssicherheit klingelten. Der Vater hatte Angst, dass ihn als ehemaligen Major der deutschen Wehrmacht, der am Russlandfeldzug teilgenommen hatte, »die Russen abholen würden«. Die Mutter und der im Hause lebende Onkel befürchteten, von der Staatssicherheit abgeholt zu werden.

Erst viel später begriff ich: Ich war Zeugin der Entstehung wie der Zerstörung einer pluralen Stadtkultur in einer traumatisierten Gesellschaft.

Inzwischen war der ostdeutsche Staat gegründet worden. Sie nannten ihn *Deutsche Demokratische Republik*. Davon bekam ich nichts mit, ja, in der Erinnerung des Kindes existiert dieses Datum nicht.

Die Stimmung im Haus wurde von Monat zu Monat bedrückter. Angst kam und blieb. Eines Tages verschwand der Vater. Er sei verreist, hieß es. Er kam aber nicht wieder, war in den Westen gegangen, erfuhr ich viel später. Dann verschwanden die beiden älteren Geschwister. Diesmal fragte ich nach, immer wieder. Und bekam immer die gleiche Antwort: Sie seien in einem Internat und könnten im Moment nicht zu Besuch kommen.

Sommer 1952. Monate vorher fuhren die Erwachsenen durch die Ost-Republik und verschickten von den Postämtern jeweils anderer Städte mit jeweils anderen Absendern und Adressen große Pakete. Ich wunderte mich. Es hieß, wir führen diesmal für fünf Wochen in die Sommerferien und bräuchten so

viele Sachen für die große Familie, da würden die Koffer nicht ausreichen.

Zu Beginn der großen Ferien stieg die Mutter frühmorgens mit fünf Kindern auf dem Dresdner Hauptbahnhof in den Zug nach Berlin. Dort angekommen, hatte ich meine erste Begegnung mit der Politik. In Ostberlin, beim Umsteigen in die S-Bahn nach Westberlin, machten uns grimmig patrouillierende sowjetische Soldaten auf den Bahnsteigen Angst. Im Übergang vom sowjetischen zum amerikanischen Sektor erschien ein Volkspolizist und verlangte mit Stentorstimme nach den Dokumenten. Meine Mutter zeigte die Ausweise vor. Angst lag in der Luft – und ein bestialischer Gestank, den der jüngste Bruder, noch keine zwei Jahre alt, verbreitet hatte, nachdem er in den mitgeführten Nachttopf gekackt hatte. Der Polizist schaute uns einen nach dem anderen an, zögerte kurz – und verließ daraufhin den S-Bahn-Waggon. Später erzählte die Mutter, der Jüngste hätte uns gerettet, denn der Gestank hätte den Polizisten vertrieben.

In Westberlin folgte dann die große Enttäuschung. Wir waren gar nicht in die großen Ferien gefahren. Plötzlich waren wir Flüchtlinge, heimatlos, auf Almosen angewiesen. Ich war geflüchtet worden, fühlte mich hintergangen, war wütend über die Lügen der Erwachsenen. Es brauchte lange, bis ich begriff, dass sie uns nichts von ihren Plänen erzählen konnten, denn wir Kinder hätten diese Nachricht begeistert weitergetragen, durch die Nachbarschaft, in die Schule, ins Schwimmbad, überallhin.

Einige Monate und zwei Flüchtlingslager später folgte der Einzug in ein Haus in der rheinisch-bergischen Provinz, mitten auf dem Land. Statt lieblicher, frei zugänglicher Landschaft mit Fluss und nahem Stadtleben gab es hier kleinteilige Landstücke, von Stacheldraht umzäunt, an dem sich die Kinder regelmäßig

die Kleider zerrissen. Die ortsansässigen Bauern hatten ihren geflüchteten beziehungsweise vertriebenen Kollegen, die aus Polen, der Tschechoslowakei und der DDR in die Bundesrepublik strömten, Land abgeben müssen – staatliche Landumverteilung –, daher die Stacheldrahtzäune.

Statt regem Stadtleben in Dresden nun das isolierte Landleben der Geflüchteten. Das Klima war mild und feucht, keine klaren Sommer, kein Schnee im Winter. Wenn es regnete – und es regnete oft –, versank man auf dem Land im Matsch.

Statt engagierter Junglehrer im Osten ein klumpfüßiger Altlehrer, der alle Fächer unterrichtete, ausgenommen Religion und Turnen. Beide Fächer hingen zusammen, lernte ich; wir turnten nach Konfessionen getrennt. »Die Protestanten stinken«, so begründeten die dominierenden Katholiken diesen merkwürdigen Brauch. Das konnte ich zwar nicht bestätigen, aber der Spruch trat auf wie ein Gebot und war daher hinzunehmen. Zu Hause lachte man darüber. Zur gleichen Zeit wurde die katholische Stadt Köln, 30 Kilometer von unserem Ort entfernt, zu einem Zentrum der ökumenischen Bewegung.

Drüben, wie wir aus dem Osten den Westen nannten, gerade so wie die aus dem Westen den Osten nannten, wurden die Kinder der großen Familie als *Russenkinder* gehänselt. Auf Bäumen seien wir aufgewachsen, hieß es. Auf gut Westdeutsch bedeutete das: unrettbar anders und asozial. Ich brauchte Monate, um den rheinisch-bergischen Dialekt der Mitschülerinnen in der ein-klassigen Volksschule zu verstehen. Es gab kein fröhliches Familienleben, die Erwachsenen waren mit dem Überleben beschäftigt. Es half wenig, dass der verschwundene Vater wieder auftauchte, wenn auch nur am Wochenende; auch die fehlenden Geschwister erschienen wieder, allerdings nur in den Ferien und nur zu Besuch.

Sonntags in der katholischen Dorfkirche starrten die frömelnden Weiber die Kinder der ärmlich gekleideten Familie aus dem Osten erbarmungslos nieder. »Ihr gehört nicht zu uns, am besten, ihr verschwindet wieder«, sagten ihre Blicke.

Ein niedersächsischer Pfarrer soll damals, so hörte ich später, die vielen Flüchtlinge aus dem Osten mit einer Kartoffelkäferplage verglichen haben. In Süddeutschland veranstaltete man Wallfahrten, so erzählten andere, um den Flüchtlingsstrom aus dem Osten mit Gottes Hilfe abzuwehren.

Ich begriff sehr schnell: Die Kindheit war beendet, der Kampf ums Überleben hatte begonnen. Von Demokratie wurde nicht geredet.

Im Westen war kein Aufbruch zu spüren, zumindest nicht auf dem Land. Hier lebten alle in der Leere, die die verschwundene Nazidiktatur hinterlassen hatte.

Es war, wenn man überhaupt dieses Wort verwenden will, eine *Gesellschaft der Vereinzelten*. In den Familien, deren Väter entweder *im Krieg geblieben* waren oder depressiv und gewaltbereit aus ihm zurückkehrten, herrschte eine gedrückte Stimmung. Väter, Mütter und Lehrer prügeln ihre Kinder. Das hatten sie so gelernt.

Dieser Zustand hatte sich nach dem Ende des mörderischen Krieges mit seinen Millionen Toten irgendwie von selbst eingestellt. Es fand keine Flucht in die Privatheit statt, wie manche später behaupteten. Eine zerrüttete Privatheit war der einzige Zustand, der den Leuten offenstand; darin richteten sie sich ein.

Treffend hat Heinrich Böll damals diese Befindlichkeit mit der Metapher »Steinernes Herz der Schuld« angesprochen.²

Unsere Familie war arm an Geld und reich an Bildung. Für die Schulausflüge der vielen Kinder reichte das Familiengeld

nicht, aber wir hörten gemeinsam klassische und zeitgenössische Musik vom Plattenspieler und aus dem Radio, wir musizierten zu Hause oder lasen.

Statt des gesellschaftlichen Zusammenhalts, statt öffentlicher Kommunikation nun allerorts Rückzug in Familien, die so gar nichts Heiles an sich hatten. Ein seltsamer Frieden, leer und orientierungslos, voller Leute, die nur mit sich selbst beschäftigt waren, beobachtete der junge Schriftsteller Heinrich Böll damals.³ Die Männer, die aus dem Krieg zurückgekehrt waren, waren oft krank von den körperlichen und seelischen Strapazen des Krieges. Eine Gesellschaft der einsamen und beschädigten Individuen.

Alle diese Elemente: Rückzug auf die Familie, erzwungen durch soziale und materielle Not, existenzielle Erschütterung und Orientierungslosigkeit – und die andauernde Suche nach Selbstvergewisserung ließen wenig Raum für politischen Gestaltungswillen; war ja doch alles egal, Hauptsache, man kam irgendwie durch, hieß es unter Erwachsenen.

Die Fünfzigerjahre seien eine Zeit der Nierentische, Tütenslampen, Schalensessel, Musiktruhen und Goggomobile gewesen, bemerkte der scharfsinnige Peter Merseburger in seinem letzten Buch ironisch, um dann auf die Skandale und die politischen Verwerfungen der Nachkriegszeit zu sprechen zu kommen. An mir ging die Designer-Revolution vorüber. Manchmal sah ich irgendeines dieser Geräte in den Elternhäusern meiner Schulkameradinnen. Schön fand ich sie nie.

Meine Fünfzigerjahre waren eine schmutzige Zeit, zu viele Nazis und ehemalige, in nationalsozialistischem Auftrag handelnde Gewaltverbrecher in Ämtern und Berufen; zu viel Verschleiern, Verstecken, Lügen, Fälschen, zu viele Sauberkeitszeugnisse, ein zu gut funktionierendes Netzwerk für flüchtende

NS-Funktionäre mithilfe von Vatikan und amerikanischem Geheimdienst, aber das lernte ich erst später.

Meine Fünfzigerjahre waren eine bleierne Zeit. Mein persönliches Leben in der ländlichen Einöde und später im kleinstädtischen Gymnasium empfand ich als lähmend. Undurchdringlich wie eine Wand aus Nebel drückte die Zeit. Ich hatte das Gefühl, in einer Raumkapsel ohne Ausstieg zu leben. Im Osten war Politik auch für das Kind ganz nah gewesen, hautnah sozusagen, denn, so jung ich war, konnte ich doch den Eindruck gewinnen, als hätten die Menschen es selbst in der Hand, ihre Zukunft neu aufzubauen. Im Westen war Politik weit weg. In der Schule spielte sie in den ersten Jahren überhaupt keine Rolle, weder in Gestalt der Vergangenheit – des Nationalsozialismus – noch in Gestalt der Gegenwart – der Bundesrepublik. Das lag gewiss auch daran, dass wir von städtischer Kultur abgeschnitten waren.

Auf dem Lande konnte man den Eindruck gewinnen, Politik beschränke sich auf den Austausch zwischen den deutschen Repräsentanten und den Besatzungsmächten. Tatsächlich war in Bonn um eine demokratische Verfassung gestritten worden, die nicht vom Volk gestiftet war, wenngleich in seinem Namen erlassen. Verfassung und Demokratie seien *von oben verordnet* worden, das sagten die Zyniker; das sehe man auch daran, dass diese Verfassung bloß Grundgesetz hieße. Das hörte ich von älteren Leuten im Bus, auf der Heimfahrt von der Schule. Im Parlament stritten die Parteien über die Verfolgung oder Amnestierung von Naziverbrechern. Eines der ersten Gesetze, die der Bundestag 1949 erließ, war ein Amnestiegesetz.

Währenddessen feierten die oberen Zehntausend in ihren geschlossenen Gesellschaften, dass es nun wieder aufwärts ginge. Davon erzählten die Töchter der wenigen reichen Familien an der Schule.